

München, 09.06.2021

Grundsteuer C ins Grundsteuergesetz - SPD fordert Instrument für Städte und Gemeinden, um brachliegende Flächen zu bebauen

Fraktionschef Florian von Brunn und wohnungspolitische Sprecherin Natascha Kohnen: Bayern braucht mehr Wohnraum und keine Spekulation mit baureifen Grundstücken

Anlässlich der heutigen (09.06.) Beratungen des Grundsteuergesetzes im Haushaltsausschuss des Landtags fordert die SPD-Fraktion die Einführung einer Grundsteuer C, um den Kommunen zu helfen, baureifes Land bebauen zu lassen. Der Fraktionsvorsitzende **Florian von Brunn** betont: "Der Spekulation mit baureifen Grundstücken muss ein Riegel vorgeschoben werden. Dafür ist die Grundsteuer C, die ab 2025 greifen könnte, ein gutes Instrument und eine Baulandmobilisierungssteuer - sie motiviert Grundstückseigentümer, ihre Grundstücke nicht ungenutzt zu lassen. Doch die Freien Wähler sperren sich gegen die Grundsteuer C und nehmen ihren Koalitionspartner in Mithaftung, obwohl CSU-Kommunalpolitiker, der Städtetag, der Gemeindetag und deren Präsident Uwe Brandl von der CSU sie vehement fordern."

Die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion **Natascha Kohnen** betont die immense Wichtigkeit von mehr Wohnungen in Bayern: "Allerorts steigen die Wohnungspreise, auf dem Land mittlerweile noch stärker als in der Stadt. Viele Menschen können sich das Dach über dem Kopf kaum noch leisten - und die Spekulation mit Bauland geht im Moment ungebremst weiter. Olaf Scholz und die Bundes-SPD haben mit einer Ergänzung im Bundes-Baulandmobilisierungsgesetz durchgesetzt, dass Kommunen mehr Handhabe haben, um Grundstücke bebauen zu lassen. Die Grundsteuer C ist eine zusätzliche Maßnahme, auf die die Kommunen in Bayern händeringend warten. Da darf die CSU nicht länger ausbremsen."